

GRUNDSATZERKLÄRUNG

Bündnis für Demokratie (gegründet in Stralsund)

Wir sind eine Gruppe unabhängiger Bürger und Bürgerinnen. Wir haben uns nach der Demonstration gegen Rechtsextremismus am 19. Januar 2024 in Stralsund zusammengefunden und engagieren uns für den Schutz der Demokratie und gegen Extremismus von rechts und von links.

Wir suchen den Dialog mit zivilgesellschaftlichen Gruppen, mit kulturellen und sozialen Einrichtungen, mit der Wirtschaft und mit demokratischen Parteien.

Wir sind offen für alle Menschen, die die Demokratie bewahren und aktiv schützen möchten.

Wir sind überparteilich und stehen hinter der Erklärung des Deutschen Städtetages, des Verbandes aller deutschen Städte und Gemeinden vom 18. Januar 2024:

„Wir nehmen es nicht hin, dass rechtsextreme Kräfte eine Atmosphäre der Verunsicherung, der Angst und des Hasses in unserem Land und in unseren Städten schüren.“

In unseren Städten leben Menschen unterschiedlicher Herkunft zusammen – als Nachbarinnen und Nachbarn, als Kolleginnen und Kollegen, als Freundinnen und Freunde, als Familie. Das ist die Lebensrealität in unseren Stadtgesellschaften. Das macht unsere Städte aus. Unsere Städte gehören allen Menschen, die hier leben. Wir akzeptieren nicht, dass Bürgerinnen und Bürger, dass Familien, dass sogar Kinder in unseren Städten Angst davor haben müssen, von hier vertrieben zu werden.

Unterschiedliche Meinungen, unterschiedliche Bewertungen politischer Themen, auch unterschiedliche Positionen zur Migrations- und Asylpolitik sind Teil unserer Demokratie. Demokratie braucht Auseinandersetzung, Demokratinnen und Demokraten müssen auch Streit aushalten und Widerspruch akzeptieren. Was wir nicht akzeptieren, ist, wenn der Kern unserer Verfassung und die Basis unseres Zusammenlebens angegriffen wird: die Würde des Menschen.

Menschenwürde, Demokratie und Rechtsstaat müssen immer wieder neu verteidigt werden. Eine wehrhafte Demokratie lebt von einer aktiven und wachen Zivilgesellschaft vor Ort. Das haben Zehntausende Menschen in den vergangenen Tagen in unseren Städten deutlich gemacht. Die Menschen, die aktuell gemeinsam auf die Straßen gehen, um Farbe zu bekennen für Demokratie und Menschenwürde, senden ein klares Signal der Solidarität – und gegen die Spaltung unserer Stadtgesellschaften.“ *

Unser Ziel ist es, mit möglichst vielen Bürgerinnen und Bürgern in Stralsund und Umgebung ins Gespräch zu kommen. Wir möchten sensibilisieren für die Gefahren des Extremismus und dazu aufrufen, die Demokratie zu stärken. Dazu gehört auch, im Hinblick auf die bevorstehenden Europawahlen und Kommunalwahlen zu einer abgewogenen politischen Willensbildung beizutragen.

Bündnis für Demokratie (gegründet in Stralsund) im Februar 2024

Jürgen Lenzko, Claudia Lorenz, Christel Mahnke
und weitere Mitglieder des Bündnisses für Demokratie

*Trierer Erklärung des Deutschen Städtetages

<https://www.staedtetag.de/files/dst/docs/Presse/2024/trierer-erklaerung-2024.pdf>